Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Julian Schmidt, Stephan Protschka, Peter Felser, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 21/482 –**

Rückzahlungsforderungen von landwirtschaftlichen Coronahilfen

Vorbemerkung der Fragesteller

Die landwirtschaftliche Nutztierhaltung ist ein wichtiger Betriebszweig der bäuerlichen Familienbetriebe und sichert über die Veredlung der Ackerbauerträge das Einkommen vieler landwirtschaftlicher Unternehmen. Hohe Investitionskosten für die Haltung, Fütterung und Pflege der Tiere müssen über Jahre hin erwirtschaftet werden. Störungen in der Haltung und Vermarktung der Tiere führen zu hohen wirtschaftlichen Verlusten bei den Tierhaltern. Preisschwankungen insbesondere bei zyklischen Angebotsmengen im europäischen Handelsmarkt wurden in der Vergangenheit durch Marktanpassungsprozesse mit Angebot und Nachfrage ausgeglichen (www.bauwelt.de/rubriken/betrifft/Schweinezyklus-3559174.html).

Globale Krankheitskrisen hatten in der Lebensmittelverarbeitung weitreichende Folgen, da besondere kostenträchtige Hygienemaßnahmen durchgesetzt werden mussten. Insbesondere große Schlachthofbetriebe waren von Coronaviruserkrankungen bei den Schlachthofmitarbeitern in Deutschland betroffen. Viele Betriebe mussten ihre Verarbeitung reduzieren; einige Betriebe sogar den Betrieb zeitweilig einstellen. Aufgrund der mangelnden Absatzmöglichkeiten für Schweine in Deutschland kam es zu einem schwerwiegenden Schweinestau in den Ställen der Landwirte bis hin zu Nottötungen. Gleichzeitig gab es aus diesem Grund einen katastrophalen Preisverfall bei den Schlachtschweinen und bei den Ferkeln (www.schweine.net/news/corona-schweinehalter-erleiden-einkommenseinbussen.html). Diese nicht selbst verursachte nationale Notlage hat zu Betriebsaufgaben und zu Coronahilfeanträgen bei den betroffenen Betrieben geführt. Die entsprechenden Hilfen wurden von den auszahlungsberechtigten Banken nach Antragsprüfung zwischen November 2020 und Juni 2021 gewährt (www.agrarheute.com/tier/schwein/schweinehalter-geben-nervlich-seelisch-mehr-585233).

Die Coronahilfen wurden überwiegend durch die betrieblichen Steuerberater beantragt. Der Nachweis des Einnahmerückganges um mehr als 30 Prozent zum Vorjahresmonat wurde von diesen geschätzt und bestätigt. Bis zum 30. September 2024 haben diese Dienstleister für die beteiligten Banken eine entsprechende, notwendige Schlussrechnung erstellt. Die Umsatzrückgänge wurden damit belegt, allerdings zweifeln einige Banken die Ursache der Umsatzrückgänge an und fordern nun hohe Summen von den Geschädigten zu-

rück (www.landundforst.de/betrieb/geld-recht/corona-hilfen-vielen-landwirten-drohen-rueckzahlungen-573400).

Die schnelle und unbürokratische Hilfe war allerdings mit den landwirtschaftlichen Beratungseinrichtungen, den Verbänden sowie mit den beteiligten Banken besprochen und akzeptiert worden. Die Rückzahlungsforderungen verunsichern die deutschen Schweinehalter, da gemeinsam erarbeitete Bedingungen ihre Gültigkeit verloren haben (www.topagrar.com/betriebsleitung/news/coronahilfen-landwirten-drohen-ruckforderungen-in-sechstelliger-hohe-a-20014401.html).

1. Ist der Bundesregierung bekannt, wie vielen schweinehaltenden Betrieben in den jeweiligen Bundesländern Coronahilfen gewährt wurden (wenn ja, bitte ausführen)?

3. Sind der Bundesregierung Informationen zugetragen worden, wie viele von den in Frage 1 erfragten gestellten Anträgen in den Jahren 2020 und 2021 bewilligt worden sind (wenn ja, bitte ausführen)?

Die Fragen 1 und 3 werden gemeinsam beantwortet.

Während der Laufzeit der Corona-Hilfsprogramme des Bundes und der Länder wurden 7 914 Anträge auf Hilfen von schweinehaltenden Betrieben bewilligt. Schweinehaltende Betriebe, die ausschließlich coronabedingte Umsatzeinbrüche erlitten haben, konnten die Corona-Überbrückungshilfen in Anspruch nehmen. Betriebe, bei denen neben Corona auch andere Faktoren (z. B. Afrikanische Schweinepest, Importstopp China) Umsatzeinbrüche auslösten, konnten nach einem im März 2022 zwischen Bund und Ländern abgestimmten Konzept stattdessen die branchenoffenen Corona-Härtefallhilfen der Länder erhalten. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) hat mit Verwaltungsvereinbarungen und Mustervollzugshinweisen einen Rahmen für die Corona-Härtefallhilfen gesetzt, der gleichzeitig den Ländern den erforderlichen Spielraum ließ, um länderspezifische Bedürfnisse zu berücksichtigen. Die Härtefallhilfen der Länder wurden zur Hälfte durch den Bund kofinanziert. Im Übrigen lag die genaue Programmgestaltung, die Administration, Umsetzung und Bewilligung der Härtefallhilfen vollständig bei den Ländern, daher konnte die Ausgestaltung im Einzelnen variieren. In der Regel waren die Härtefallhilfen gedeckelt. Für die folgenden Auswertungen der Corona-Hilfen zu schweinehaltenden Betrieben wurde der Branchencode A 01.46.0 Haltung von Schweinen der WZ-Klassifikation 2008 zugrunde gelegt.

Die Corona-Überbrückungshilfen (Programme I bis IV, Förderzeitraum Juni 2020 bis Juni 2022) wurden für 4 677 schweinehaltende Betriebe mit coronabedingten Umsatzeinbrüchen gewährt. Die Corona-Härtefallhilfen haben 3 237 Antragsteller erhalten, entweder durch einen direkten Antrag im Programm oder durch Umwidmung der ursprünglichen Anträge auf Überbrückungshilfe in Anträge auf Härtefallhilfe. Die Daten zur Anzahl der Antragsteller, aufgeschlüsselt nach Bundesländern, Programmen und Jahren können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Bundesland/Jahr	Anzahl Antragssteller mit Auszahlung		
	Überbrückungshilfen I bis IV*	Umwidmung in Härtefallhilfe*	Direktantrag Härtefallhilfe**
Baden-Württemberg	405	40	-
davon 2021	331	-	
davon 2022	74	40	
Bayern	283	1	1 196
davon 2021	245	-	k. A.

Bundesland/Jahr	Anzahl Antragssteller mit Auszahlung		
	Überbrückungshilfen I bis IV*	Umwidmung in Härtefallhilfe*	Direktantrag Härtefallhilfe**
davon 2022	38	1	k. A.
Brandenburg	47	-	-
davon 2020	3		
davon 2021	30		
davon 2022	14		
Hessen	156	3	-
davon 2021	50	2	
davon 2022	106	1	
Mecklenburg-Vorpommern	1	8	1
davon 2020	1	-	
davon 2021	-	8	
Niedersachsen	2 428	468	51
davon 2020	3	-	k. A.
davon 2021	1 405	10	k. A.
davon 2022	1 020	458	k. A.
Nordrhein-Westfalen	1 140	1 283	-
davon 2020	1	-	
davon 2021	645	277	
davon 2022	468	1 006	
davon 2023	26		
Rheinland-Pfalz	17	39	7
davon 2021	9	16	k. A.
davon 2022	8	23	k. A.
Sachsen	-	13	-
davon 2021		10	
davon 2022		3	
Sachsen-Anhalt	74	-	-
davon 2021	43		
davon 2022	31		
Schleswig-Holstein	111	127	-
davon 2021	102	46	
davon 2022	9	81	
Thüringen	15	-	-
davon 2021	15		
Gesamtergebnis	4 677	1 982	1 255

* Daten zum Stand 1. Juni 2025 (BMWE)

** Daten zum Stand 31. Dezember 2022 (BAFA)

In den übrigen Bundesländern lagen keine Anträge von schweinehaltenden Betrieben vor oder es wurden diesen keine Corona-Hilfen gewährt. Die vorliegenden Daten spiegeln das Antragsverfahren wider. Für die Corona-Überbrückungshilfen ist programmseitig eine Schlussabrechnung vorgesehen, die zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen ist. Die finalen Daten werden voraussichtlich erst Ende 2026 vorliegen. Für die Corona-Härtefallhilfen ist aufgrund der einzelfallbezogenen Entscheidungen nicht in allen Ländern eine zusätzliche Schlussabrechnung vorgesehen. Es liegen noch nicht aus allen Ländern finale Schlussberichte vor.

2. Liegen der Bundesregierung Informationen vor, in welcher Höhe die schweinehaltenden Betriebe die Coronahilfen im Durchschnitt je Bundesland in den Jahren 2020 und 2021 beantragt haben (wenn ja, bitte ausführen)?

Angaben zum durchschnittlich beantragten Volumen von schweinehaltenden Betrieben, aufgeschlüsselt nach Bundesländern und Jahren, können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden. Die Daten umfassen alle in den Programmen gestellten Anträge, die sowohl abgelehnt, zurückgezogen als auch bewilligt worden sein können.

Bundesland/Jahr	im Durchschnitt beantragtes Volumen		
	Überbrückungshilfen I bis IV*	Umwidmung in Härtefallhilfe*	Direktantrag Härtefallhilfe**
Baden-Württemberg	43 106,66 Euro	44 210,08 Euro	Zum durchschnittlich beantragten Antragsvolumen liegen keine Daten vor
davon 2021	44 176,03 Euro	115 143,58 Euro	
davon 2022	39 926,95 Euro	42 840,70 Euro	
Bayern	44 515,30 Euro	42 258,11 Euro	
davon 2021	46 622,46 Euro	42 688,01 Euro	
davon 2022	42 332,61 Euro	41 732,48 Euro	
Brandenburg	487 365,06 Euro	-	
davon 2020	161 117,33 Euro	-	
davon 2021	497 425,05 Euro	-	
davon 2022	524 818,22 Euro	-	
Hessen	47 614,69 Euro	34 113,76 Euro	
davon 2021	62 887,95 Euro	40 268,75 Euro	
davon 2022	40 266,23 Euro	31 036,26 Euro	
Mecklenburg-Vorpommern	271 259,62 Euro	284 396,86 Euro	
davon 2021	271 259,62 Euro	377 522,28 Euro	
davon 2022	-	180 526,20 Euro	
Niedersachsen	86 737,87 Euro	51 956,00 Euro	
davon 2020	6 766,54 Euro	-	
davon 2021	90 515,56 Euro	29 655,99 Euro	
davon 2022	82 099,20 Euro	52 436,60 Euro	
Nordrhein-Westfalen	64 480,58 Euro	47 619,32 Euro	
davon 2020	33 101,83 Euro	-	
davon 2021	71 081,11 Euro	59 739,77 Euro	
davon 2022	57 183,82 Euro	44 364,12 Euro	
davon 2023	30 788,19 Euro	-	
Rheinland-Pfalz	52 057,08 Euro	33 587,89 Euro	
davon 2021	44 223,30 Euro	46 363,07 Euro	
davon 2022	61 849,30 Euro	24 700,81 Euro	
Sachsen	-	414 858,03 Euro	
davon 2021	-	455 406,26 Euro	
davon 2022	-	283 076,30 Euro	
Sachsen-Anhalt	901 264,62 Euro	-	
davon 2021	735 639,63 Euro	-	
davon 2022	1 112 896,55 Euro	-	
Schleswig-Holstein	98 640,83 Euro	96 394,35 Euro	
davon 2021	106 447,52 Euro	130 534,36 Euro	
davon 2022	62 534,91 Euro	76 365,55 Euro	
Thüringen	607 440,37 Euro	-	
davon 2021	523 865,89 Euro	-	

Bundesland/Jahr	im Durchschnitt beantragtes Volumen		
	Überbrückungshilfen I bis IV*	Umwidmung in Härtefallhilfe*	Direktantrag Härtefallhilfe**
davon 2022	811 733,54 Euro		
Gesamtergebnis	92 242,56 Euro	57 289,43 Euro	

* Daten zum Stand 1. Juni 2025 (BMWE)

** Daten zum Stand 31. Dezember 2022 (BAFA)

In den übrigen Bundesländern lagen von schweinehaltenden Betrieben keine Anträge vor.

4. Ist der Bundesregierung bekannt, bei wie vielen von den geförderten Betrieben es zu Rückzahlungsbescheiden von den beteiligten Banken bis zum 1. Mai 2025 gekommen ist (wenn ja, bitte ausführen)?
5. Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, bei wie vielen betroffenen Betrieben es zu Rückzahlungsforderungen gekommen ist (wenn ja, bitte nach Forderungshöhe: bis zu 10 000 Euro, 10 000 bis 50 000 Euro, 50 000 bis 100 000 Euro, mehr als 100.000 Euro, aufschlüsseln)?

Die Fragen 4 und 5 werden gemeinsam beantwortet.

Die Bundesländer haben zur Administration der Corona-Überbrückungshilfen Bewilligungsstellen bestimmt: In 13 Bundesländern wurden die Landesförderbanken beauftragt, in zwei Bundesländern die Landesverwaltungen und in einem Bundesland eine Industrie- und Handelskammer. Im Rahmen der derzeit laufenden Schlussabrechnung der Corona-Hilfen wurden zum Stand 6. Mai 2025 in Schlussabrechnungspaket 1 (Überbrückungshilfen I bis III sowie November- und Dezemberhilfe) bisher 779 Schlussabrechnungen von schweinehaltenden Betrieben final beschieden. Dabei kam es bundesweit in bisher 274 Fällen (35 Prozent) zu Rückforderungen, wovon 179 Fälle durch die zuständigen Landesbanken beschieden wurden. In 150 Fällen (19 Prozent) konnte die Förderung in der Höhe bestätigt werden. In 355 Fällen (46 Prozent) erhalten schweinehaltende Betriebe eine Nachzahlung.

In Schlussabrechnungspaket 2 (Überbrückungshilfe III Plus und IV) wurden bisher 106 Schlussabrechnungen von schweinehaltenden Betrieben final beschieden. Dabei kam es bundesweit bisher in 23 Fällen zu Rückforderungen, wovon 18 Fälle durch die zuständigen Landesbanken beschieden wurden. In 18 Fällen (17 Prozent) konnte die Förderung in der Höhe bestätigt werden. In 65 Fällen (61 Prozent) erhalten schweinehaltende Betriebe eine Nachzahlung. Die Aufschlüsselung der Rückforderungen nach der Forderungshöhe kann der folgenden Tabelle entnommen werden.

	Rückforderungen Paket 1 (Überbrückungshilfe I, II, III sowie November- und Dezemberhilfe)	Rückforderungen Paket 2 (Überbrückungshilfe III Plus, IV)
	Anzahl	Anzahl
davon bis 10 000 Euro	112	10
10 000 bis 50 000 Euro	101	8
50 000 bis 100 000 Euro	34	1
> 100 000 Euro	27	4
Gesamtergebnis	274	23

* Stand: 6. Mai 2025 (BMWE)

Zu Rückforderungen im Rahmen der Corona-Härtefallhilfen bei schweinehaltenden Betrieben liegen der Bundesregierung keine Informationen vor.

6. Kann die Bundesregierung beantworten, welche Kosten den landwirtschaftlichen Betrieben im Zusammenhang mit der Antragstellung für die Coronahilfen entstanden sind (wenn ja, bitte ausführen)?

Durch die rund 8 200 schweinehaltenden Betriebe, die Anträge in den Überbrückungshilfe-Programmen I bis IV gestellt haben, wurden für die Beauftragung und Antragstellung über einen prüfenden Dritten durchschnittlich 1 948 Euro an Kosten geltend gemacht, unabhängig davon, ob der Antrag bewilligt oder abgelehnt wurde oder ob der Antrag auf Überbrückungshilfe in einen Antrag auf Härtefallhilfe umgewidmet wurde. In den Überbrückungshilfe-Programmen konnten die Kosten der prüfenden Dritten als Fixkosten berücksichtigt und anteilig gefördert werden, sofern der Antrag bewilligt wurde. Im Falle der Ablehnung des Antrags waren die Kosten durch den Antragsteller in voller Höhe selbst zu tragen. Antragstellende, die aufgrund von geringeren als erwarteten Umsatzeinbrüchen die volle Überbrückungshilfe zurückzahlen müssen, erhalten dennoch einen Zuschuss in Höhe von 40 Prozent zu den Kosten für die prüfende Dritte oder den prüfenden Dritten. Für die Antragsbearbeitung selbst haben der Bund und die Länder keine Gebühren erhoben.

7. Hat die Bundesregierung Informationen darüber, welche Abstimmungsprozesse es zwischen den landwirtschaftlichen Beratungsverbänden, den Berufsverbänden und den beteiligten Banken gegeben hat und wann diese mit welchem Ergebnis stattgefunden haben (wenn ja, bitte ausführen)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Informationen vor.

8. Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, wie viele der von den Rückzahlungsforderungen betroffenen Landwirte bereits Widerspruch eingelegt haben und den Klageweg beschreiten wollen (www.schweine.net/news-pool-mitglieder/corona-ueberbrueckungshilfe-fuer-schweinehalter-r.u.html, wenn ja, bitte ausführen)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Informationen vor.

9. Wird die Bundesregierung sich für einen Schutz der betroffenen Landwirte bei den schnellen und unbürokratischen Coronahilfen gegen die Rückzahlungsforderungen durch die Banken einsetzen?

Die Bundesregierung setzt sich für den ordnungsgemäßen und zeitnahen Abschluss der Corona-Hilfen ein (vgl. Koalitionsvertrag S. 12, Zeilen 357–359). Die derzeit laufende Schlussabrechnung der Überbrückungshilfeprogramme war programmseitig von Anfang an vorgesehen. Sie ist notwendig, da die Beantragung, Bewilligung und Auszahlung der Corona-Wirtschaftshilfen zum damaligen Zeitpunkt vielfach auf der Basis von Prognosedaten zu Umsätzen und Fixkosten und unter Vorbehalt einer Schlussabrechnung erfolgten, damit die Hilfen die antragstellenden Unternehmen möglichst schnell erreichen konnten. Im Rahmen der Schlussabrechnung wird nun anhand der tatsächlich erzielten Umsätze und förderfähigen Fixkosten in den Förderzeiträumen das Vorliegen der Antragsberechtigung dem Grunde nach noch einmal geprüft und die endgültige Höhe der Billigkeitsleistungen final bestimmt (vgl. Punkt 2.1 der FAQ).

zur Schlussabrechnung: www.ueberbrueckungshilfe-unternehmen.de/DE/FAQ/Schlussabrechnung/schlussabrechnung.html). Die Ermittlung der endgültigen Förderbeträge kann je nach Förderprogramm eine Bestätigung der Förder-summe, eine Nachzahlung von Zuschüssen an die Antragstellenden oder eine Rückforderung von Zuschüssen ergeben. Zudem können im Rahmen der vertieften Prüfungen durch die Bewilligungsstelle Sachverhalte festgestellt werden, die eine teilweise oder vollständige Rückforderung des Förderbetrags zur Folge haben. Insgesamt sind derzeit branchenübergreifend rund 59 Prozent der eingereichten Schlussabrechnungen final beschieden. In 29 Prozent der Fälle ergibt sich eine Bestätigung der Förderhöhe, in rund 40 Prozent der Fälle erhalten Antragsteller eine Nachzahlung (durchschnittlich 4 562 Euro). In rund 30 Prozent der Fälle müssen Antragsteller eine Rückforderung leisten, weil die gewährte Hilfe den eigentlichen Anspruch übersteigt (durchschnittlich 10 286 Euro). Die Vorgaben zur Schlussabrechnung gelten für alle Antragsteller unabhängig von der Branchenzugehörigkeit.

Den Bundesländern stand es in der Antragsphase frei, den antragstellenden schweinehaltenden Betrieben, die in den Corona-Überbrückungshilfen nicht antragsberechtigt waren, stattdessen die Corona-Härtefallhilfen zu gewähren (vgl. Frage 1), um betroffene Schweinehalter zu unterstützen. Diese Möglichkeit wurde von vielen Bundesländern genutzt. Zu Beschwerden über gehäufte Rückforderungen gegenüber schweinehaltenden Betrieben in der Schlussabrechnung steht die Bundesregierung in Kontakt mit den zuständigen Bundesländern.

10. Hat die Bundesregierung Möglichkeiten, Einfluss auf die beteiligten Banken zu nehmen, um den existenzbedrohten Landwirten Stundungsmöglichkeiten oder Ratenzahlungsmöglichkeiten einzuräumen?

Der Bund und die Bewilligungsstellen der Länder haben sich im Falle von Rückforderungen auf Eckpunkte verständigt, die u. a. angemessene Stundungs- und Ratenzahlungsvereinbarungen für bis zu 24 Monaten vorsehen, im Einzelfall sogar bis zu 36 Monaten (vgl. Punkt 3.13 der FAQ zur Schlussabrechnung).

11. Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, entsprechende Unterstützungen bei nationalen Notlagen in der Landwirtschaft künftig auf Bundesebene einheitlich und rechtssicher zu gestalten?
 - a) Wenn ja, wie?
 - b) Wenn nein, warum nicht?

Die Fragen 11 bis 11b werden gemeinsam beantwortet.

Die Corona-Hilfen des Bundes (z. B. die Corona-Überbrückungshilfen) wurden angesichts der Ausnahmesituation der Pandemie branchenoffen für alle Unternehmen, die durch die Maßnahmen in Existenznot gerieten, aufgelegt. Sie waren in der Programmgestaltung, ihren Vorgaben zur Antragsberechtigung und Höhe einheitlich ausgestaltet. Die Administration der Hilfen oblag im Falle der Corona-Hilfen aufgrund der Masse der Antragsteller den Bewilligungsstellen der Bundesländer. Diese konnten aufgrund der Vorgaben die Einzelfallprüfung vornehmen und die Anträge rechtssicher bescheiden. Sie wurden ergänzt durch Härtefallhilfen der Länder.

Zukünftige nationale Notlagen in der Landwirtschaft erfordern ggf. branchenspezifische Unterstützungsprogramme, die innerhalb der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zu finanzieren sind. Grundsätzlich gilt dabei immer, solche Programme nicht willkürlich und selbstverständlich rechtssicher auszugestalten.